

BALKAN

# Kein Frieden ohne Uniform



Vergangenen Sonntag in Banja Luka: Sfor-Soldaten gehören seit Jahren zum Alltag in Bosnien-Herzegowina.

**Auch drei Jahre nach Ende des vorerst letzten Krieges auf dem Balkan ist ein Leben ohne die internationalen Schutztruppen nicht denkbar. Der Aufbau selbständiger zivilgesellschaftlicher Strukturen steckt noch in den Kinderschuhen.**

Man entkommt dem Militär einfach nicht. Egal, ob in Sarajevo, Zadar oder Pristina, überall sind Soldaten auf den Straßen der einstigen jugoslawischen Städte präsent. Mit der aus Titos glorreicher Partisanenbewegung hervorgegangenen Jugoslawischen Volksarmee (JVA) haben die Uniformierten allerdings nichts mehr gemein. An den Oberarmen tragen die einen heute die Embleme der Anfang der Neunziger in die Unabhängigkeit gestürzten neuen Nationen, die anderen die der Nato. Der Abzug von serbischen Truppen aus dem Kosovo liegt nun schon drei Jahre zurück und der Krieg in Bosnien-Herzegowina ist sogar bereits seit mehr als sechs Jahren zu Ende. Dennoch ist ein Alltag ohne die internationalen Einheiten von Kfor (Kosovo Protection Force) und Sfor (Peace Stabilisation Force) in den beiden Kleinstaaten noch immer nicht denkbar.

Im Gegenteil. "Die Truppenzahl jetzt zu reduzieren, hieße, den Anhängern einer Politik der ethnischen Teilung jenen Erfolg zuzugestehen, den sie sich den ganzen Krieg lang immer gewünscht haben", sagt Stefo Lehmann, Pressesprecher der Uno-Mission für Bosnien-Herzegowina in der Hauptstadt des immer

noch entlang völkischer Linien geteilten Landes. "Die Sfor ist hier, um Präsenz zu zeigen und den Leuten das Gefühl von Sicherheit zu geben. Wenn die Truppen heute abzögen, würde der Krieg sofort wieder ausbrechen."

So dramatisch ist die Situation im Kosovo zwar nicht. Doch auch in dem von der Uno verwalteten Protektorat müssten viele der wenigen verbliebenen Serben um ihr Leben fürchten, wenn die Kfor-Einheiten ihre Enklaven nicht vor Übergriffen durch militante Kosovo-Albaner schützen würden: 40.000 Mann stark sind die neuen Verbündeten, die vor drei Jahren Jugoslawien noch mit einem 78tägigen Bombenhagel bedachten.

Ursprünglich hatten die Nato-Staaten, die den größten Teil der Soldaten auf dem Balkan stellen, einen Abzug aus Bosnien schon nach zwölf Monaten vorgesehen - im Winter 1996. Doch die politisch instabile Lage verhinderte einen raschen Rückzug aus der Krisenregion, sodass die Planungen für das Kosovo von Anfang an auf mehrere Jahre ausgelegt wurden. Lediglich in Mazedonien, wo seit Herbst vergangenen Jahres etwas mehr als 1.000 Soldaten ein Wiederaufflammen der Kämpfe zwischen bewaffneten alba-

nischen Nationalisten und mazedonischen Polizeieinheiten verhindern sollen, besteht Hoffnung, dass die Nato-Mission in weniger als fünf Jahren beendet sein wird. Immerhin ist die Anzahl ausländischer Truppen in Bosnien seit Abschluss des Dayton-Vertrages, der den Krieg zwischen serbischen und muslimisch-kroatischen Einheiten im November 1995 beendete, von anfangs 32.000 auf inzwischen etwas unter 20.000 gesunken.

## Normalisierung in weiter Ferne

An eine Stabilität ohne die Präsenz der Sfor-Soldaten glaubt allerdings auch Amer Kapetanovic, Sprecher des bosnischen Ministerpräsidenten Zlako Lagumdžija, nicht. Auch er ist davon überzeugt, dass ein Rückzug der multinationalen Einheit nur den bosnischen Nationalisten in die Hände spielen würde. Von einer Normalisierung sei das in die muslimisch-kroatische Föderation und die serbisch dominierte Republika Srpska geteilte Land zehn Jahre nach der Unabhängigkeit noch weit entfernt.

Die Auswirkungen des Krieges spürt man aber nicht nur im Kosovo und in Bosnien, wo der Sezessionskrieg

nach dem Zerfall des alten Tito-Jugoslawien am längsten dauerte und mit über 200.000 Toten zwischen 1992 und 1995 die meisten Menschenleben forderte. Auch in Kroatien ist die Erinnerung an den ersten Balkan-Krieg der neunziger Jahre noch nicht verblasst. Die Kämpfe zwischen den 1991 von Franjo Tudjman aus dem Boden gestampften Streitkräften und Einheiten der Jugoslawischen Volksarmee liegen inzwischen schon fast zehn Jahre zurück.

Viele sind verbittert, weil die Unabhängigkeit außer Arbeitslosigkeit und fehlenden Zukunftsperspektiven für die Kinder nur wenig gebracht hat. So entlädt sich die Wut über die verzweifelte soziale Lage immer wieder an der vermeintlichen Verletzung nationalistischer aufgeladener Symbole, die an den Kampf um die Eigenstaatlichkeit erinnern. Tausende Grabsteine auf dem Friedhof am Stadtrand von Zagreb sind geziert von den eingravierten Gesichtern gefallener junger Soldaten, überall in Kroatien schmücken Plakate von Generälen des als Befreiungskrieges von Belgrad empfundenen Kampfes Schaufenster und öffentliche Plätze.

"Erst nach dem Krieg begannen viele zu merken, dass die Loslösung von Jugo-

slawien allein nicht satt macht", sagt Jura Jurin, der in der Hafenstadt Zadar als Installateur arbeitet. "Den Leuten wurde doch unaufhörlich eingebläut, dass Franjo Tudjman der unfehlbare Held ist." In ihrem Essayband mit dem treffenden Titel "Die Kultur der Lüge" beschreibt die kroatische Schriftstellerin Dubravka Ugresic, wie die Verdrängung der eigenen Kriegsgreuel zum elementaren Bestandteil der nationalen kroatischen Identität geworden ist. Wegen der Anfeindung durch Nationalisten verließ sie Zagreb schon während des Krieges.

Besonders der Umgang der nach dem Tod Tudjmans im Januar 2000 an die Macht gekommenen neuen Regierung mit den vom Uno-Kriegsverbrechertribunal gesuchten kroatischen Generälen stößt immer wieder auf Empörung. Erst im Frühjahr vergangenen Jahres erschütterten Massendemonstrationen aufgebrachteter Veteranen monatelang das Land, weil die Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stipe Mesic die Auslieferung mutmaßlicher Kriegsverbrecher beschlossen hatte.

Die aber gelten vielen Kroaten bis heute als Helden, nicht als Verbrecher, und verhindern so eine Aufarbeitung der jüngsten Geschichte. Ein Phänomen, das sich in allen Nachkriegsgesellschaften auf dem Balkan beobachten lässt. In Jugoslawien etwa sorgte der Streit um die Verhaftung des ehemaligen Präsidenten Slobodan Milosevic schon kurz nach dessen Sturz im Oktober 2000 für eine Dauerfehde zwischen Präsident Vojislav Kostunica und dem serbischen Premierminister Zoran Djindjic. Erst nach erheblichem Druck der USA einigten sich die beiden Anfang April, künftig bedingungslos mit dem Uno-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zusammenzuarbeiten. Vor zehn Tagen schließlich stellten sich sechs der Gesuchten freiwillig, gegen 17 weitere wurde Haftbefehl erlassen.

## Kriegsverbrecher und -helden

Darunter befindet sich auch der ehemalige bosnisch-serbische General Ratko Mladic, dem die Ermordung von mehr als 7.000 Zivilisten in der von niederländischen Blauhelmen bewachten Uno-Schutzzone Srebrenica im Juli 1995 zur Last gelegt wird. "So lange die Verantwortlichen für die ethnischen Säuberungen nicht zur Rechenschaft gezogen worden sind, wird auch die Idee ethnisch reiner Staaten weiterleben", ist sich der bosnische Regierungssprecher Kapetanovic sicher. Kapetanovic hat die Behörden des serbischen Teil des Landes bis heute vergeblich zur Ergreifung von Mladics einstigem Chef, Radovan Karadzic, aufgefordert. Gemeinsam mit Mladic steht der Kriegspräsident der Republika Srpska ganz oben auf der Liste von Uno-Chefanklägerin Carla del Ponte.

Doch nicht zuletzt die verarmte Bevölkerung im einsti-

*Markus Bickel war bis Ende letzten Jahres Redakteur der Berliner Wochenzeitung "Jungle World". Seit April lebt er in Sarajevo, von wo er von nun an als freier Journalist für die wox und andere Zeitungen berichten wird.*

gen Einflussgebiet Karadzic hält zu ihrem Kriegshelden. "Wir alle sind Radovan Karadzic" heißt es auf Plakaten in der bosnischen Grenzregion zu Montenegro, wo Sfor-Einheiten im März damit scheiterten, den gelernten Psychiater zu verhaften. "Don't touch him" steht auf Flyern, die in der früheren Hauptstadt der Republika Srpska, Pale, verteilt wurden. Wie in Kroatien

und Jugoslawien richtet sich der Zorn der kleinen Leute gegen die vermeintlich verbrecherische Politik der internationalen Gemeinschaft. Vor allem die jungen Leute wollen jedoch mit solchen Haltungen nichts mehr zu tun haben. "Es ist dieselbe Scheiße wie vor dem Krieg, nur in anderer Verpackung", schimpft Jasmina Mameledzija von der Hilfsorganisation "Schüler helfen Le-

ben" in Sarajevo, die Jugendprojekte in allen Ländern des ehemaligen Jugoslawien unterstützt. Vom faschistischen Vorsitzenden der Radikalen Partei Serbiens, Vojislav Seselj, bis hin zu den kroatischen Verteidigern der Sezession von Belgrad, würde man bis heute kein Wort der Entschuldigung für ihre Rolle während der Kriege der neunziger Jahre zu hören be-

kommen. Das führt dazu, dass ausgerechnet die schärfsten Kritiker der militarisierten Gesellschaften auf dem Balkan gegen einen Abzug der internationalen Streitkräfte plädieren.

Trotz aller Argumente gegen die Schaffung neuer Nato-Stützpunkte in der geostrategisch wichtigen Region zwischen Kaukasus und dem Nahen Osten. "Mindestens fünf

Jahre noch" müssten die Sfor-Truppen im Land bleiben, sagt etwa Selma Hadzihalilovic, die nach Ende des Krieges gemeinsam mit anderen Frauen in Sarajevo die unabhängige Menschenrechtsorganisation "Zena Zenama" ("Frauen für Frauen") gründete. Schließlich sei die Bevölkerung heute "einfach noch nicht reif, eigenständig für einen selbsterhaltenden Frie-

den zu sorgen", so die Feministin. "Wenn die bosnischen Politiker das Land wieder allein in die Hände bekämen, finge das ganz Übel noch mal von vorne an."

Markus Bickel, Sarajevo

## VERWEIGERUNG

# Ein Recht auf Zivi



Sarajevo, 20.12.1996: Italienische Soldaten hissen die Sfor-Flagge - die Stabilisation Force (Sfor) der Nato übernimmt damit das Kommando der "Peace Implementation Force" (Ifor).

(Fotos: epa)

**Zwar ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Bosnien-Herzegowina im Gesetz verankert. Die wenigsten Rekruten wissen jedoch davon. NGO bemühen sich um Aufklärung.**

(mb) - Die Vorurteile gibt es wahrscheinlich schon so lange wie das Militär. "Schlappschwanz", "schwule Sau", "Vaterlandsverräter" oder "Feigling" werden vielerorts jene geschimpft, die sich dem Dienst an der Waffe verweigern. Auch in Serbien oder Bosnien-Herzegowina ist das nicht anders.

Und doch unterscheiden sich die Verunglimpfungen, die Deserteure und Kriegsdienstverweigerer in den ehemaligen jugoslawischen Staaten über sich ergehen lassen müssen, von denen, die ihre west- und nordeuropäischen Gesinnungsgenossen bisweilen zu ertragen haben. Denn nicht selten kommt der Vorwurf des Vaterlandsverrats oder mangelnden Patriotismus von Freunden, denen das nationalistisch aufgeladene Klima der neunziger Jahre den Kopf verdreht hat. Davon, dass ein kluger Kopf unter keinen Helm passt, wollten sie nichts mehr wissen, als die Kriege auf dem Balkan begannen. Entscheidend war plötzlich die Farbe des Helms.

Milan O. und Zoran P\*, die nach den Nato-Angriffen auf Jugoslawien aus Angst vor der Einberufung im Frühjahr

1999 von Belgrad Richtung Bosnien flüchteten, erinnern sich: "Da unsere Freunde, die zu dieser Zeit in Sarajevo lebten, sich weigerten, uns zu helfen, klopfen wir bei der Menschenrechtsorganisation "Frauen für Frauen" an und beschrieben unsere schwierige Situation. Selma Hadzihalilovic, die Frau, die uns die Tür geöffnet hatte, nahm uns bei sich auf."

Heute ist die 27-jährige eine von zwölf Mitarbeitern der bosnischen Kampagne für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, die seit Anfang des Jahres in einem kleinen Einzelzimmerbüro in Sarajevo ihren Sitz hat. "Die Erfahrungen der beiden Männer waren für mich der Grund, die Propagierung des Grundrechts auf zivilen Ersatzdienst stärker in den Mittelpunkt meines politischen und gesellschaftlichen Engagements zu rücken", sagt die einzige Frau in dem Projekt, das landesweit sieben Büros unterhält. Finanziert wird es aus Geldern der Heinrich Böll-Stiftung und der Jugendhilfsorganisation "Schüler helfen Leben".

Zwar wurde das Recht auf Kriegsdienstverweigerung vor zwei Jahren endlich in den Gesetzbüchern der bei-

den Entitäten des kleinen Landes verankert. Doch kaum einer der künftigen Rekruten in der serbisch dominierten Republika Srpska oder der muslimisch-kroatischen Föderation weiß davon. Nach Angaben der Kampagne haben bislang lediglich 100 junge Männer davon Gebrauch gemacht. 24 Anträge wurden akzeptiert, seinen Zivildienst angetreten aber hat bis heute keiner von ihnen. "Deshalb geht es uns in erster Linie darum, darüber aufzuklären, dass diese Möglichkeit besteht", erklärt Boris Brkan.

## Ein Gesetz, das kaum jemand kennt

"Antimilitaristisch ist das nicht, aber das wäre der Bevölkerung hier im jetzigen Stadium auch kaum zu vermitteln. Mittelfristig geht es aber natürlich schon darum, dass diese Wissensentscheidung als selbstverständlich akzeptiert wird." Bevor der 21-jährige gemeinsam mit Gleichaltrigen die Kampagne gründete, engagierte er sich bei der Initiative "Zasto ne" (Sag' nein), Kontakte zu spanischen Kriegsdienstverweigerern brachten die Gruppe voriges Jahr auf die Idee, ihr

Projekt auszuweiten. Mit Aktionen in Fußgängerzonen der größeren bosnischen Städte und Fortbildungsseminaren in Mittelschulen soll vor allem bei Schülern das Bewusstsein geweckt werden, dass ein Leben ohne Militärdienst möglich ist.

Fast sieben Jahre nach Ende des Krieges ist das kein einfacher Job in einem Land, wo fast jede Familie Opfer zu beklagen hat, und wo beinahe jeder dritte nicht mehr in der Wohnung lebt, in der er oder sie vor Ausbruch der Kämpfe untergebracht war. Zudem dauern die kriegsbedingten Spaltungen zwischen den politischen Eliten Bosniens an, was zu staatsrechtlich absurden Konstellationen führt. So unterhält nicht nur die Republika Srpska ihre eigene Armee, die bis zuletzt aus dem jugoslawischen Bundeshaushalt mitfinanziert wurde. Auch die Divisionen der muslimisch-kroatischen Föderation sind nochmals unterteilt - in die Einheiten der muslimisch geführten Armee von Bosnien-Herzegowina und die des Kroatischen Verteidigungsrates (HVO).

Aus diesem Grund gibt es auch keine zentrale bundesstaatliche Einrichtung, an die

sich die potenziellen Kriegsdienstverweigerer wenden könnten. Während in der Föderation immerhin eine eigene eingerichtete Kommission des Verteidigungsministeriums über die Annahme der Anträge entscheidet, müssen diese in der Republika Srpska direkt in den örtlichen Büros des Wehrministers abgegeben werden. Einen Vorteil aber hat die Gesetzgebung im Norden und Osten des Landes: Die Einberufung erfolgt hier erst mit 18 oder 19 Jahren, danach bleiben noch 15 Tage Zeit, die Verweigerung einzureichen. In der Föderation hingegen ereilt die Jugendlichen der Ruf zum Militär schon zwei Jahre vor dem eigentlichen Dienstbeginn.

"Ein Fall von Kindesmissbrauch", wie Hadzihalilovic erklärt, die bei der Kampagne für die rechtlichen Aspekte sowie die Lobbyarbeit in den Ministerien und Parlamenten zuständig ist. Schließlich wüssten mit 16 Jahren die wenigsten, auf was sie sich mit ihrer Entscheidung einlassen.

Und selbst wenn, wäre für viele wahrscheinlich schon die Länge des Ersatzdienstes Grund genug, doch lieber zum Militär zu gehen: 24 Monate dauert der Dienst ohne Waffe, die Zeit bei der bosnisch-serbischen Armee hingegen nur sechs, die in der Föderation neun.

Boris Brkan beschreibt aber noch ein anderes Dilemma, in dem die potenziellen Verweigerer stecken. "Ich bin mir sicher, dass ich nicht zur Armee will, aber genausowenig will ich stattdessen irgendwo als Mechaniker arbeiten." Tasächlich führt die Liste des Verteidigungsministeriums zwar vom Trompeter bei der Armee über Kellner-Jobs in privaten Restaurants und Arbeitsangeboten als Autolackierer und Elektriker so ziemlich alle Berufsgattungen auf, die man sich vorstellen kann, nur Stellen im sozialen Bereich sucht man vergeblich.

"Ich habe keine Sekunde darauf verschwendet, mir Gedanken darüber zu machen, ob ich zur Bundeswehr gehen soll oder nicht", erklärt jedoch der 22-jährige Thomas Schad. Vom Sommer 2000 bis zum Herbst letzten Jahres machte er seinen Ersatzdienst bei "Schüler helfen Leben" in Sarajevo, nach dem Ende seiner Zivi-Zeit half er beim Aufbau der Kampagne mit.

\*Namen von der Redaktion geändert.